

18. Wahlperiode

Antrag

der AfD-Fraktion

Ein Denkmal zur Mahnung und Erinnerung an die Opfer der kommunistischen Gewalt-herrschaft

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Anlässlich des 30. Jahrestages des Falls der Berliner Mauer am 9. November 1989 als ein Ergebnis der Friedlichen Revolution in der DDR und des damit verbundenen Endes der kommunistischen Herrschaft in Ost- und Mitteleuropa,

im Wissen um die verheerenden Folgen totalitären Denkens und Handelns in Deutschland, das mit der kommunistischen eine zweite Diktatur erleben musste,

im Gedenken an die Opfer der SED-Diktatur, der Toten und der Überlebenden, der Vertriebenen und Enteigneten, der Internierten und der zu Unrecht Inhaftierten, der Geflohenen, der von Berufs- und Bildungsverbot Betroffenen, der Opfer von Zersetzung und des Verlustes ihrer Gesundheit,

in Würdigung der Hoffnungen und Anstrengungen all jener, die dem Kommunismus widerstanden haben und ihren Glauben an eine demokratische Zukunft und ein Leben in Freiheit nicht preisgaben,

in Anerkennung des Widerstandes gegen die kommunistische Diktatur und des Engagements für Menschenrechte, Freiheit und Demokratie,

im Wissen um die Notwendigkeit der Auseinandersetzung mit diktatorischen Systemen und zur Ermunterung zum Widerstand gegen Diktatur und die Verletzung von Menschenrechten,

in Solidarität mit all jenen, die noch heute unter einer kommunistischen Diktatur leben und leiden müssen,

im Bewusstsein der Notwendigkeit über das Leben und Leiden der Menschen unter der SED-Diktatur aufzuklären,

für die aktive Teilnahme unserer Mitbürger an der politischen Meinungsbildung und ihres Engagements für und in unserer Demokratie,

für die Bewahrung von Freiheit, Demokratie, Rechtsstaat und Menschenrechte,¹

wird der Senat aufgefordert, sich im Vernehmen mit der Bundesregierung für die Errichtung eines Denkmals zur Mahnung und Erinnerung an die Opfer des Kommunismus und der kommunistischen Gewaltherrschaft in Deutschland einzusetzen. Ziel dabei ist das Folgende:

- In Berlin, der Hauptstadt der Bundesrepublik Deutschland, wird an zentraler, sichtbarer und öffentlich gut zugänglicher Stelle ein Denkmal zur Mahnung und Erinnerung an die Opfer des Kommunismus und der kommunistischen Gewaltherrschaft in Deutschland errichtet. In der politischen Mitte Berlins soll es an jene Menschen erinnern, die als vermeintliche oder tatsächliche Gegner des Kommunismus und der kommunistischen Gewaltherrschaft in Deutschland verfolgt, inhaftiert, physisch und psychisch gefoltert, deren Gesundheit ruiniert oder deren Leben anderweitig beeinträchtigt wurde.
- Die Findung eines geeigneten Entwurfs für das Mahnmal soll als offener Wettbewerb gestaltet werden.
- Unter Federführung einschlägiger Wissenschaftsinstitutionen (z.B. des Forschungsverbundes SED-Staat an der FU Berlin) und kompetenter Gedenkstätten (z.B. der Gedenkstätte Hohenschönhausen) sowie unter Einbeziehung der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und unter Berücksichtigung der Anliegen der Opferverbände soll ein Dokumentationszentrum konzipiert werden, das das Mahnmal ergänzt.
- In den Findungs- und Gestaltungsprozess müssen die Opferverbände und Aufarbeitungsinitiativen sowie die ostdeutschen Bundesländer eingebunden werden.

Der Senat wird aufgefordert, in Vorbereitung auf die Errichtung eines Denkmals zur Mahnung und Erinnerung an die Opfer des Kommunismus und der kommunistischen Gewaltherrschaft in Deutschland geeignete Grundstücke zu ermitteln, die den genannten Anforderungen entsprechen, und, sofern möglich, mit dem Bund in Gespräche über eine Nutzung des Grundstücks im Sinne dieses Antrages einzutreten.

Dem Abgeordnetenhaus ist bis zum 31. Mai 2020 zu berichten.

Begründung

Deutschlandweit erinnern viele Denkmäler dezentral an die verschiedenen Opfergruppen der sowjetischen Besatzungspolitik und des SED-Regimes. Diese Erinnerungsorte widmen sich vorwiegend einzelnen Opfergruppen und Repressionsformen und richten ihren Fokus jeweils auf eine bestimmte Gruppe, einen Zeitabschnitt oder einen konkreten Ort des Unrechts. Eine zentrale Gedenkstätte gibt es bislang nicht. Eine solche Gedenkstätte würde allen Opfern und ihren Hinterbliebenen, auch denjenigen, die sich mit den spezifischen Erinnerungsorten nicht identifizieren können, einen würdevollen Ort des stillen Gedenkens und der Trauer bieten.

¹ Wortlaut nach dem Text der Initiative „Mahnmal“ der UOKG von 2014, http://www.initiative-mahnmal.de/images/PDF/Informationsbroschre_zentrales_Mahnmal.pdf, abgerufen am 14. Oktober 2019.

Ein zentraler Ort im Herzen Berlins würde einen Beitrag leisten, die Auseinandersetzung mit der kommunistischen Gewaltherrschaft nicht nur als ostdeutsches Thema zu verstehen. Ein nationales Denkmal wäre ein öffentliches Symbol, das der Erinnerung an die Opfer einen Ort gibt und zugleich auch Widerstand und Zivilcourage würdigt. Die Erinnerung daran, dass sich Menschen um den Preis ihres persönlichen Wohlergehens für Menschenwürde und Freiheit eingesetzt haben, ist ein Fundament für den Fortbestand von Demokratie und Freiheit in Deutschland. Die geplante Gedenkstätte soll dazu beitragen, dass sich die Bürger mit der totalitären Verfasstheit des Regimes zwischen 1945 und 1989 sowie dessen fatalen Auswirkungen auf Individuum und Gesellschaft auseinandersetzen können. Zu diesem Zweck ist es notwendig, über ein Dokumentationszentrum die entsprechenden geschichtlichen Einordnungen anbieten zu können und dieses Dokumentationszentrum neben anderen Gedenkstätten und Informationsorten der Aufarbeitung in ein Berliner Gesamtkonzept zur mahnenden Erinnerung an das Regime der Sowjetischen Besatzungszone und das Regime der DDR einzubetten.

In anderen europäischen Hauptstädten wie Vilnius, Prag, Budapest, Sofia, Tallin und Moskau gibt es bereits Mahnmale für die Opfer des Kommunismus. Vor allem das Denkmal für die Opfer des Kommunismus in Prag hat Vorbildcharakter für die europäische Erinnerung an die Opfer der kommunistischen Gewaltherrschaft.

Opferverbände und ehemalige DDR-Bürgerrechtler setzen sich seit etlichen Jahren für ein Mahnmal zur Erinnerung an die Opfer kommunistischer Gewaltherrschaft ein. Innerhalb der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft (UOKG) gründete sich die Initiative Mahnmal. Am 26. März 2013 lud die Bundesstiftung Aufarbeitung und am 19. November 2013 die UOKG zu einer Podiumsdiskussion zu diesem Thema ein.

Am 4. November 2014 wurde ein Aufruf an den damaligen Bundestagspräsident Norbert Lamert übergeben (siehe Antragspräambel oben). Um den lahmenden Errichtungsprozess voranzutreiben, lud die UOKG Studenten der Technischen Universität Darmstadt ein, erste Entwürfe für ein Mahnmal auszuarbeiten.

Am 2. Oktober 2015 nahm der Deutsche Bundestag den Antrag „25 Jahre Deutsche Einheit – Leistungen würdigen, Herausforderungen angehen“ (Drucksache 18/6188) an. Mit diesem Antrag stellte der Deutsche Bundestag fest: „In Deutschland gibt es [...] trotz umfangreicher konzeptioneller Vorarbeit seitens der Opferverbände bislang noch kein zentrales Denkmal zur Mahnung und Erinnerung an die Opfer der kommunistischen Gewaltherrschaft. Zusammen mit dem deutschlandweit begangenen Gedenktag am 17. Juni, wäre dies ein wichtiger Teil einer Erinnerungskultur an die SED-Diktatur, der sich zugleich in die Gedenkstättenkonzeption des Bundes einordnen muss.“ In diesem Antrag forderte der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auf, „das Gedenkstättenkonzept des Bundes [...] weiterzuentwickeln und dabei im Besonderen eine [...] Initiative des Deutschen Bundestages für ein Denkmal zur Mahnung und Erinnerung an die Opfer der kommunistischen Gewaltherrschaft an einem zentralen Ort in Berlin vorzubereiten und zu begleiten.“

Am Tag zuvor, am 1. Oktober 2015, hielt die Initiative Mahnmal der UOKG e.V. eine Pressekonferenz zum geplanten Mahnmal ab. Die Initiative Mahnmal der UOKG e.V. begrüßte den Vorstoß, ein Mahnmal für die Opfer des Kommunismus an einem zentralen Ort in Berlin auf den Weg zu bringen. Dr. Hubertus Knabe, seinerzeit Direktor der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, hob den Konsens in der Aufarbeitungslandschaft für das Mahnmal hervor und betonte, dass den Opfern eine symbolische Anteilnahme der Gesellschaft zustehe und der „epochale Charakter“ ihres Leidens sichtbar werden müsse. Stephan Hilsberg, Parlamentarischer

Staatssekretär a.D. und Mitglied der Initiative Mahnmal, unterstrich, dass eine angemessene Aufklärung über die Anfänge, die Verbrechen und das Scheitern der kommunistischen Diktatur nur über ein mit dem Mahnmal verbundenes Dokumentationszentrum gelingen könne.

Am 15. Februar 2017 beschäftigte sich der Ausschuss für Kultur und Medien des Deutschen Bundestags mit einem solchen Mahnmal zur Erinnerung an die Opfer der kommunistischen Gewaltherrschaft. Im Rahmen eines sechzigminütigen Fachgesprächs wurden damit verbundene Fragen nach Standort, Trägerschaft etc. erörtert.

Die Bundestagsfraktionen von CDU und SPD haben in einem Antrag vom 4. Juni 2019 die Bundesregierung auffordert, „dem Deutschen Bundestag ein Konzept für ein Denkmal zur Erinnerung und Mahnung an die Opfer der kommunistischen Gewaltherrschaft in Deutschland vorzulegen.“ (Bundestagsdrucksache 19/10613, S. 5).

Der vorliegende Antrag baut auf den bereits erfolgten Schritten auf und ermöglicht es dem Berliner Senat, alle erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um die Bundesregierung bei der Errichtung eines Denkmals zur Mahnung und Erinnerung an die Opfer des Kommunismus und der kommunistischen Gewaltherrschaft in Deutschland adäquat zu unterstützen.

Das Denkmal zur Mahnung und Erinnerung an die Opfer der kommunistischen Gewaltherrschaft soll

- einen würdevollen Ort der Trauer, der Erinnerung und des stillen Gedenkens bieten,
- der Todesopfer, die unter der Diktatur des sowjetischen Besatzungsregimes und der Diktatur der DDR ihr Leben lassen mussten, gedenken,
- die in der sowjetischen Besatzungszone und der DDR politisch Verfolgten, die durch Haft und Repression viel Leid erfahren mussten und darüber in ihrem Leben anhaltenden Schäden erlitten haben, würdigen,
- die Leistungen der politisch Verfolgten und Oppositionellen, die durch ihren beharrlichen Einsatz und unter Risiko für ihr persönliches Wohl für die Überwindung der kommunistischen Diktatur gekämpft haben, würdigen
- all derjenigen Menschen, die durch die Repression im Alltag unter der kommunistischen Diktatur in Deutschland leiden mussten, gedenken.

Das Dokumentationszentrum soll der politischen und historischen Bildung dienen. Anhand historischer Zeugnisse und unter Einsatz moderner Medien soll es über den freiheitsfeindlichen Charakter des Sozialismus aufklären. Dokumentiert werden sollten die verschiedenen Formen der politischen Verfolgung und deren Auswirkungen – angefangen vom Alltag in der Diktatur bis zu Haft und Tod.

Berlin, den 14. Oktober 2019

Pazderski Hansel Trefzer Dr. Neuendorf Dr. Berg
und die übrigen Mitglieder der AfD-Fraktion